# General-Anzeiger

**für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend**

**Amtsblatt** für den Magistrat zu Kemberg des Königl. Amtsgerichts und versch. Gemeinden

**Erscheint wöchentlich dreimal:** Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. **Bezugspreis:** Vierteljährlich für Abholer 1,15 M., durch Boten in Kemberg 1,25 M., in Kemden, Rotta, Lubast, Ateritz, Gommlo und Gaditz 1,35 M. und durch die Post 1,39 M.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 30 Pfg. **Beilagen:** 50 Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

**Nr. 16.** Kemberg, Donnerstag, den 6. Februar 1919. **21. Jahrg.**


## Bekanntmachung.

**Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.**

In der heutigen Sitzung des Wahlausschusses ist als Ergebnis der Wahl zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung im 13. Wahlkreise folgendes festgestellt worden:

Auf die einzelnen zugelassenen Wahlvorschläge entfallen gültige Stimmen

| | |
|---|---|
| Dietrich | 52121 |
| Abderhalden | 267995 |
| Herrmann | 120345 |
| Hennig | 350656 |
| Garbe | 144552 |
| Ebert | 12253 |

Auf die verbundenen Wahlvorschläge entfallen demnach gültige Stimmen

Dietrich, Abderhalden und Ebert 272369

Gewählt sind danach folgende Bewerber

**vom Wahlvorschlage Hennig**

Hennig, Paul, Schriftleiter, Halle Triftstr. 22
Mehrhof, Heinrich, Schriftleiter, Erfurt Spittelgartenstr. 26III
Windau, Josef, Parteisekretär, Zeitz, Blumenstraße 5
John, Christine, Arbeiterfrau, Erfurt, Spittelgartenstr. 5II
Gämisch, Artur, Parteisekretär, Schkeuditz, Augustastr. 7
Kleinspehn, Johannes, Schriftsteller, Nordhausen a/Harz, Körnerstr 14
Christange, Wilhelm, Zigarrenmacher, Eisleben, Grabenstr. 50
Menzel, Gustav, Kaufmann, Halle, Kl. Ulrichstr. 31III.

**vom Wahlvorschlage Abderhalden**

Dr. Abderhalden, Emil, Universitätsprofessor in Halle
Degenhardt, Hermann, Volksschullehrer in Erfurt
Höfler, Max, Gutsvorsteher in Zeitz
Nebelung, Wilhelm, Chefredakteur in Nordhausen
Dr. Schreiber, Walter, Rechtsanwalt in Halle a. S.

**vom Wahlvorschlage Garbe**

Bezirksleiter Hermann Garbe, Halle
Geschäftsführer Richard Krüger, Merseburg
Arbeitersekretär Heinrich Schrader, Erfurt

**vom Wahlvorschlage Herrmann**

Herrmann, Gottfried Louis, Rektor in Friedersdorf, Kreis Bitterfeld
Fuchs, Ludwig, Kaufmann und Stadtrat in Erfurt.

**vom Wahlvorschlag Dietrich**

Dietrich, Emil, Lehrer in Halle a. S., Schweitzerstr. 19.

Merseburg, den 1. Februar 1919.

**Der Wahlkommissar**
für die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung. 13 Wahlkreis.
Dr. Knoblauch.
Regierungsrat.

## Wichtig für Kriegsteilnehmer.

Nach einer soeben erschienenen Verordnung ist jeder Betriebsunternehmer und Büroinhaber verpflichtet, die vor ihrer Einberufung zum Kriegsdienste bei ihm tätig gewesen Angestellten wieder einzustellen. Die Wiedereinstellungspflicht erlischt gegenüber den jetzt bereits Entlassenen, wenn sie sich nicht bis 7. Februar 1919 bei ihren früheren Arbeitgebern melden.

Kemberg, den 4. Februar 1919

Der Magistrat.

## Milchbezug.

Mit Zustimmung des Kreisausschusses ist einigen Familien der Fortbezug von Milch bei Landwirten dann gestattet worden, wenn durch einen Milchwechsel Leben oder Gesundheit der Kinder gefährdet erschien, was besonders in der wärmeren Jahreszeit der Fall war. **Diese Ausnahmen werden hiermit aufgehoben; die Milchkarten dürfen nur durch die Molkerei bezogen werden.** Solche in einzelnen Fällen der Weiterzeugung der Milch unmittelbar bei Landwirten aus den angeführten Gründen unbedingt nötig sein, sind mündliche Anträge sofort beim Bürgermeister zu stellen.

Kemberg, den 5. Februar 1919.

Der Magistrat.

## Politische Tagesübersicht.

### Deutsche Standhaftigkeit.

Berlin, 3. Febr. Nach einem Berichte des „Echo de Paris" hat die internationale Kommission in Spaa beschlossen, eine Abordnung nach Deutschland zu senden, die Maßregeln treffen soll für die Rückgabe von Gütern, die Patentbürgern gehörten und zu Beginn des Krieges beschlagnahmt wurden. Dies werde geschehen, weil Deutschland trotz seines am 13. Dezember übernommenen Pflichten bis heute noch keine Erklärung darüber abgelegt habe, wie es diese Rückgabe zu gestalten gedenke. Jetzt hat Graf Brockdorff-Rantzau mitgeteilt, daß er das Visum für die Pässe der Abordnung verweigern werde, während die deutsche Regierung bekanntgibt, daß sie auf ihrem Standpunkte beharre, solange die deutschen Gefangenen in Elsaß-Lothringen noch mit Beschlag belegt sind.

### Ultimatum des Gothaer A.- und S.-Rates an die Regierung.

Gotha, 3. Februar. Der hiesige A.- und S.-Rat hat gestern an die Regierung Ebert-Noske die drastische Aufforderung gerichtet, innerhalb 24 Stunden sämtliche Regierungstruppen aus Thüringen, insbesondere auch aus Weimar, zurückziehen. Sollte dies nicht geschehen, so werde für ganz Thüringen der Generalstreik proklamiert und alle zu Gebote stehenden Mittel, namentlich auch Gewalt, angewendet werden, um die Bedrohung Thüringens zu vermeiden oder zu beseitigen. Das Ultimatum ist heute abgelaufen. Die Bahnstationen zwischen Gotha und Weimar sind von Gothaer Spartakisten besetzt.

### Die Haltung des amerikanischen Volkes.

Hamburg, 3. Febr. Der Rotterdamer Berichterstatter des „Hamburger Fremdenblatts" meldet vom 1.: Nach Unterredungen mit Reisen, die über die Stimmung des amerikanischen Volkes aufs genaueste unterrichtet sind, halte ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß das amerikanische Volk, soweit es auch heute noch von jeder Sympathie mit Deutschland entfernt ist, doch in seiner überwältigenden Mehrheit entschlossen hinter dem Präsidenten steht, wenn er verlangt, daß die Bedingungen, unter denen Deutschland den Waffenstillstand und mit ihm seine Entwaffnung angenommen hat, nicht als ein Fetzen Papier behandelt werden dürfen, und daß die Geheimverträge der Alliierten, die gegen die 14 Punkte verstoßen, dadurch ungültig gemacht worden sind.

### Maßnahmen gegen Spartakus.

Berlin, 3. Februar. Der „Vorwärts" berichtet: Wie wir hören, bereitet die Regierung einen Erlaß vor, der durch die neu hervortretenden gewalttätigen Unternehmungen spartakistischer Richtung veranlaßt ist. Die Regierung erklärt darin ihre Entschlossenheit, gewaltsame Erhebungen gegen die freiheitliche Ordnung der Demokratie niederzuhalten, und betont, daß zu diesem Zweck genug geeignete Truppen zur Verfügung stehen.

Berlin, 3. Februar. In der Presse sind mehrfach Befürchtungen bezüglich neuer kommunistischer Putsche geäußert worden. Es ist bekannt, daß zahlreiche Agenten des russischen Bolschewismus in Berlin weilen. Weite Kreise der Berliner Bevölkerung sind schwer beunruhigt.

Uns wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß trotz der Detachierungen nach Bremen und Weimar starke zuverlässige Regierungstruppen in und dicht bei Berlin bereit stehen. Diese Truppen sind auf erneute Putsche gefaßt. Sie werden Berlin nach wohlvorbereitetem Plane besetzen, sobald dies nötig erscheint. Sollte erneut die Ruhe und Ordnung gestört und bewaffneter Widerstand in Berlin geleistet werden, so werden die Truppen rücksichtslos durchgreifen und Ruhe und Ordnung mit Waffengewalt sichern. Die Regierung wird wenn es nötig ist, den Belagerungszustand verhängen.

Die Verantwortung für Blutvergießen fällt dann lediglich denen zu, die gegen Gesetz und Recht in verbrecherischer Weise Putsche veranstalten und Unruhen hervorrufen.

---

Der „Täglichen Rundschau" entnehmen wir folgendes ergreifendes Gedicht:

### Ruf der Gefangenen.

Denkt ihr an uns? — — —
Der Krieg ist aus, sein Feuerschein verloht —
Die Heimat singt in tiefster Todesnot. —
Und wir? — Im Feindesland voll Zornesbeben
Sind wir der Schmach und Schande preisgegeben,
Und heben doch für Weib und Kind gestritten.
Denkt ihr an uns? Wißt ihr, was wir gelitten? —
Im Heimweh schmerzt erstirbt der Seele Klagen,
Wir müssen stumm das schwerste Joch ertragen.
Der Feind ist grausam, er kennt kein Erbarmen;
Wir sehnen uns nach Deutschlands Mutterarmen!
Gefangen Jahr um Jahr, und noch kein Ende?
Reicht uns erlösend, Brüder, eure Hände!
Denkt ihr an uns?

Heinrich Gutberlet

## Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 5. Februar 1919.

* **Sammlung für die Kriegsgefangenen, 3. Quittung** Fr. Lehmann 5 M., Kfm. Pfeil jr. 5 M., Kfm. Huhn 10 M., Landwirt Ackermann 10 M., Karl Mengewein sen. 5 5 M., Bäckermstr. Thomas 5 M., G. Kranzemann 10 M. Weitere Spenden werden gern angenommen.

§ Gestern abend fand im Ratskeller eine Versammlung der deutschen demokratischen Partei statt, in der die Kandidatenaufstellung für die Stadtverordneten-Versammlung auf der Tagesordnung stand. Zunächst beschloß die Versammlung, den Vorschlag der sozialdemokratischen Partei, nach welchem sie 4 Sitze im Stadtparlament beansprucht, anzunehmen, und die übrigen 8 Vertreter aus der Bürgerschaft zu wählen. Es kommen für diese 8 Stadtverordneten: 3 Landwirte, 3 Gewerbetreibende, 1 Beamter und 1 Vertreter der sonstigen Berufe in Frage. Gewählt wurden für die Liste der deutschen demokratischen Partei als Landwirte Otto Ahner, Rob. Höhne, Friedrich Schulze, als Gewerbetreibende Wilhelm Hamann, Hermann Ludley, Fritz Lehmann, als Beamte Kantor Pade und als Vertreter sonstiger Berufe Alb. Quillisch. Als Vertreter der sozialdemokratischen Partei kommen in Frage: Wilhelm Knaf, Karl Barth, Franz Reinicke und Karl Rudloff. Die Festsetzung der Reihenfolge der Kandidaten erfolgt später.

* **Die Anrechnung der Kriegsgefangenschaft als Dienstzeit.** Die Zeit der Kriegsgefangenschaft wird als Dienstzeit angerechnet, wenn nicht nachgewiesen ist, daß eigenes Verschulden vorgelegen hat. Die Frage ob jemand während der Kriegsgefangenschaft besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt war, wird durch die Stelle entschieden, die für die Festsetzung der Pensions- oder Versorgungsgebührnisse zuständig ist. Die Zeit, in der Heeresangehörige in einem neutralen Staate festgehalten wurden, ist nicht mit der Kriegsgefangenschaft gleichbedeutend.

oc. **Sozialismus ist Arbeit.** — Dieses von den Führern der Mehrheitssozialisten geprägte Schlagwort kann nicht oft genug und nicht eindringlich genug wiederholt werden. Nur ehrliche angestrengte Arbeit kann uns aus der wenig beneidenswerten Gegenwartslage herausholfen, die ja immer mehr zu verschlechtern droht, wenn sich die Verhältnisse nicht ändern. Nach den neuesten Erhebungen der Arbeitslosenfürsorge gibt es in Berlin allein über hunderttausend Arbeitslose. In anderen Großstädten dürfte es es nicht viel besser sein. Dem gegenüber steht die Tatsachen, daß allein in der deutschen Landwirtschaft für die bevorstehende Frühjahrsbestellung über sechshunderttausend Arbeitskräfte fehlen. In den Kohlen-, Kali-, Erz- usw. Bergwerken ist es nicht viel anders. Hier erschöpft außerdem eine große Zahl der wirklich noch vorhandenen Arbeitskräfte ihre Zeit in überflüssigen und das Gesamtwohl schädigenden Streiks. Wohin das führen soll, ist nicht abzusehen. Wenn die werktätige Bevölkerung auf die ehrliche Mahnungen des Bürgertums nicht hören will und darin nur die „Versuche eines Gegenrevolution" sieht so sollte sie doch zu mindest auf die Lehren ihrer eigenen Führer achten. Letztere rufen ihnen immer und immer wieder zu: Geht aus den Städten heraus aufs Land! Helft die vorhandenen Arbeitskräfte richtig verteilen! Helft Arbeit schaffen damit wir Nahrungsmittel für diese Arbeit ins Land hereinbekommen! Sozialismus ist Arbeit!


**Seidenstoffe** für **Blusen, Kleider und Besatzzwecke** in reichhaltiger Auswahl

**Max Salzmann**
Wittenberg, Markt 1.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191902066/fragment/page=0001

# Es geht nicht alles auf einmal!

Die Aufgaben, die ihrer Erledigung durch die deutsche Nationalversammlung in Weimar harren, sind so groß, daß sie nicht entfernt alle mit einemmal in Angriff genommen werden können. Es würde das ein Zustand ergeben, der demjenigen gliche, der sich in einem für die Durchfahrt von drei Wagen bestimmten Stadttore ergäbe, wenn plötzlich sieben Gefährte hindurchsollten. Sie säßen fest oder brächen sich Räder und Deichseln entzwei. Ein paar Wagen kämen schließlich hindurch, aber in welchem Zustande!

Es ist auch nicht nötig, daß alles, was im alten deutschen Reiche in den mehr als 40 Jahren bis zum Kriegsbeginn beschlossen worden ist, jetzt in 4 Monaten neu geordnet wird. Umändern kann man viel, aber ändern ist nicht immer besser machen. Und wir haben doch viele Einrichtungen, bei denen wir uns recht wohl befunden haben. Es ist also genug und am praktischsten, daß wir tun, was durch die neuen Verhältnisse politisch geboten und für die Existenz aller Deutschen nötig ist. Haben wir das gut gemacht, wird auch das andere nicht schlecht werden.

Damit die heillose Unordnung, die sich in den Berliner und sonstigen Straßen-Ausschreitungen zeigten, nicht wiederkehren, hat die Nationalversammlung eine feste Regierung zu wählen, die eine starke Hand, und in dieser Hand eine kräftige Waffe besitzt, um allen neuen Exzedenten klar zu machen, daß wir Ruhe und Arbeit, aber keinen Tumult und kein Geschrei gebrauchen. Es sind ferner festzusetzen die Vertretungen des Volkes und die Organisation der Verwaltung und die allgemeinen Rechtsgrundsätze. Die Reichsverwaltung gleicht einer großen Maschine, und es muß alles geschehen, um deren Gang zu einem regelmäßigen und ungestörten zu gestalten. Das muß sein, denn wir haben anstelle des Kaiserreiches die Republik, und die sich hieraus ergebenden Aenderungen sind zu berücksichtigen.

Nicht notwendig ist es aber, daß die alten Grenzsteine innerhalb des deutschen Reiches sofort versetzt und die wirtschaftlichen Verhältnisse in andere Bahnen gelenkt werden, von denen wir bei den heutigen schwankenden Verhältnissen nicht übersehen können, ob sie gute sind. Nicht darauf kommt es an, wieviel deutsche Freistaaten wir künftig innerhalb des großen Reichs haben sollen, das hat bisher niemand ändern wollen, es läuft uns also auch jetzt nicht fort, sondern es kommt darauf an, daß alle Deutsche satt zu essen und genügend Arbeit haben.

Die Frage einer auskömmlichen Ernährung und der Beschaffung der sonstigen dringendsten Bedürfnisse in absehbarer Zeit muß stramm angepackt werden, nicht mit Erwägungen, sondern mit beiden Händen, das heißt mit praktischer Tat und mit reichen Geldmitteln. Die verzinsen sich, wenn tüchtig gearbeitet wird. Darum ist für Ellbogenfreiheit zur Arbeit gesorgt worden und für guten Willen zur Arbeit bei denen, die ihn nicht haben. Mit frommen Wünschen kommen wir nicht durch, sondern nur mit preiswürdigen, ausreichenden Lebensmitteln und daraufhin mit Arbeitsgelegenheit und Regelung der Lohnsätze. Die Schwierigkeit der letzteren Angelegenheit wird verringert durch die Lösung der Magenfrage. Ohne einen Lohnausgleich ist überhaupt keine Arbeit und auch die Sozialisierung in den dafür reifen Betrieben nicht durchzuführen, denn das kaufende Publikum kann sich das Geld für die zu teuren Produkte nicht von den Bäumen schütteln.

Wir sind heute ärmer, als das deutsche Volk weiß, denn der Weltkurs unserer Mark ist jammervoll, vielleicht etwas über 45 Pfennige. Die Zukunft wäre aussichtslos, wenn das so bliebe. Darum ist aus allen Kräften und mit aller möglichen Sparsamkeit eine Besserung dieser finanziellen Verhältnisse anzustreben. Es ist geradezu Reichsverrat, wenn einer dagegen sündigt.

Und dann ist der Friedensvertrag zu beschließen. Es ist vorauszusehen, daß der Feind uns placken wird, aber bis zum Abschluß des Vertrages wird der Sommer ziemlich herankommen, und das Tagen der Nationalversammlung wird vielleicht doch etwas Einfluß auf die Entente ausüben. Die Flinte nicht ins Korn zu werfen, ist ein Gebot des Tages, sonst wächst die Anmaßung uns gegenüber riesengroß, und wer zu zahlen hat, das sind immer wir.

Das sind die Hauptaufgaben der Nationalversammlung, die geordnet werden müssen. Die Wagen, die damit beladen sind, sollen keinen andern in die Räder fahren, sonst wird nichts, und die Wagenführer zerbrechen sich nur die Knochen. Die Republik will Großes für die Zukunft schaffen. Dazu gehört in erster Reihe, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Wm.

# Der Entwurf des Völkerbundes.

**Annahme durch die Pariser Konferenz.**

Nachdem die erste öffentliche Sitzung der Pariser Friedenskonferenz nur formellen Charakter hatte, hat die zweite Sitzung sich unter dem Einfluß Wilsons sofort mit dem Völkerbund beschäftigt und hierzu einstimmig einen Entwurf angenommen, der folgende Bestimmungen enthält:

1. Es ist für die Aufrechterhaltung der Neuordnung der Welt, zu der die assoziierten Nationen jetzt zusammentreten, wesentlich, daß der Völkerbund geschaffen wird, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, die Erfüllung angenommener internationaler Verpflichtungen zu sichern und Sicherungen gegen den Krieg vorzusehen;

2. der Völkerbund soll als Hauptbestandteil in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen werden; er soll jeder zivilisierten Nation offenstehen, welche Gewähr dafür biete, daß sie seine Ziele fördert;

3. die Mitglieder des Völkerbundes sollen regelmäßig in internationalen Konferenzen zusammentreten und eine ständige Organisation und ein Sekretariat unterhalten, um die Angelegenheiten des Bundes in den Zeiten zwischen den Konferenzen zu führen. Die Konferenz bestimmt daher ein Komitee von Vertretern der assoziierten Regierungen, um die Einzelheiten der Ausgestaltung und der Obliegenheiten des Bundes auszuarbeiten."

Die Mitglieder in der Kommission für den Völkerbund sind: Für die Vereinigten Staaten Wilson und Oberst House, für Großbritannien Lord Robert Cecil und General Smuts, für Frankreich Leon Bourgeois und Larmaude, für Italien Orlando und Scialoja, für Japan Vicomte Chinda und Ochini.

# Ein unparteiisches Urteil über die Schuldfrage.

Im „Morgenbladt" (Christiania) behandelt der bekannte norwegische Völkerrechtslehrer Professor Gjelsvik die Schuldfrage, die bereits Wilson auf der Wählerversammlung in Cincinnati 1916 dahin beantwortet habe, daß der Krieg überhaupt nicht die Schuld eines einzelnen sei, sondern die Folge der ganzen Weltpolitik des letzten Menschenalters.

Diese Politik führt der Verfasser dann aus, sei jedenfalls eingeleitet worden durch die englische Besetzung Aegyptens und habe über den Burenkrieg und die Kap-Kairo-Politik zu dem Marokko-Abkommen, zum englisch-japanischen Vertrag und zu dem englisch-russischen Abkommen von 1907 geführt. So sei der Grund für die imperialistische Politik der in diesen Verträgen geeinten Großmächte gelegt worden; alle Kriege, die daraus entsprungen, seien imperialistische Kriege mit Eroberungszielen gewesen. Dagegen habe Deutschland keine großen Kriege mit Eroberung und Kriege während des letzten Jahrhunderts nur als nationale Einigungskriege geführt.

Die Heiligkeit der Verträge, deren Verletzung gegenüber Belgien man Deutschland besonders vorwerfe habe zwei Seiten. Gäbe es doch auch eine Suezakte, die die Engländer und Franzosen nicht vergessen haben können; also sei die Achtung von Verträgen keine besondere britische Tugend, ebensowenig wie die Nichtachtung der Verträge ein spezifisch deutsches Laster sei. Die erste Bedingung für einen Völkerbund müsse deshalb sein, daß man einen Strich unter die Vergangenheit setze und neue Wege einschlage, denn dieser Krieg müsse anders enden als die früheren.

Sonst könne man die Hoffnung auf einen Dauerfrieden aufgeben, da dann der Völkerbund nur eine Wiederholung der Heiligen Allianz und eine Völkerunterdrückung werden würde. Schlagworte, wie das vom letzten Penny seien freilich ebenso wie die Aufrechterhaltung der Hungerblockade Deutschlands ein wenig verheißungsvoller Anfang für einen Völkerbund. Nichts Gutes verspreche es ferner, daß die Entente die Auslieferung und Bestrafung des Kaisers verlange. Dies zeige, daß die Massen auch jetzt noch von denselben Massenmstinkten beherrscht werden wie vor 2000 Jahren, wo in Rom zum Triumphzug eines siegreichen Feldheeres ebenfalls der besiegte König gehörte, damit ihn die Volksmenge verspotten und anspeien konnte, aber die Sieger sollten den Besiegten nicht zu straff spannen; auch für sie gäbe es ein Memento mori.

# Rundschau.

**Direkter Funkspruch mit Amerika.**

In Budapest hält sich dort der Chef des Pressedienstes der Vereinigten Staaten, Creel, auf. Er will auch nach Wien gehen und erklärte, daß der Zweck seiner Reise die Herstellung einer direkten drahtlosen Verbindung zwischen den neuen Staaten von Europa und Neuyork sei. Bisher sei es um den Nachrichtendienst sehr schlecht bestellt gewesen, weil alles über Paris und London gekommen sei und zuverlässige Informationen gefehlt hätten.

**Die Beschränkungen für den Kardinal von Köln.**

Auf die deutsche Bitte, dem Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann, volle Bewegungsfreiheit zu gewähren, und seine Post von der Zensur zu befreien, wurde von feindlicher Seite mitgeteilt, daß die amtliche Korrespondenz des Kardinals ohne Verzögerung weiterbefördert und im allgemeinen nicht durchgesehen wird. Dagegen werde der Erzbischof und zwei seiner Kapläne einen Paß erhalten, der ihnen jederzeit den Eintritt in das besetzte Gebiet gestattet.

**Die Pariser Konferenz über unsere Kolonien.**

Die „Times" meldet aus Paris:

„Bei den Verhandlungen über die Kolonien erhob Smuts im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. Ueber diesen Punkt herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und für Südostafrika mit irgendeiner Form von Neutralisierung zu begnügen.

Infolgedessen braucht man nur noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoainseln und den pazifischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Zuteilung der Inseln der Aequator als südliche Grenzlinie festgesetzt werden soll. In diesem Falle würde Japan die Karolinen und die Marschallinseln erhalten."

**Stand der Demobilmachung.**

Mit dem 18. Januar ist das gesamte Westheer in seine Demobilmachungsorte abbefördert.

Vom Ostheer, das bei Beginn der Demobilmachung rund 600 000 Mann stark war, sind bis 18. Januar rund 500 000 Mann in ihren Demobilmachungsorten eingetroffen.

Die deutschen Truppen der Türkei haben bis auf etwa 100 000 Mann ihre Ersatztruppenteile erreicht. Am 18. Januar betrug die Stärke aller außerhalb des Reichsgebiets befindlichen Truppen rund 130 000 Mann (einschließlich Türkei). Von diesen Truppen werden, falls keine Hindernisse eintreten, die letzten etwa in der zwei en Hälfte des Februar ihre Demobilmachungsorte erreicht haben.

**Die russischen Gefangenen sollen nicht abtransportiert werden.**

Unter der Begründung, die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland würden nur abtransportiert, um die Bolschewisten zu stärken, verlangten die Alliierten in der letzten Sitzung eine Einstellung des Abtransports der russischen Gefangenen.

Die deutsche Kommission legte gegen dieses Verlangen Verwahrung ein und betonte, daß die Einstellung der Transporte zu Revolten führen könnte, da die russischen Gefangenen schon vor längerer Zeit

# Die Kinder Klingströms.

**Roman von Wilhelm Jordan**

„Nein, nein, diesmal nicht, Bernhard, laß mich allein, wenn ich noch rechtzeitig komme, so haben wir allein miteinander zu reden, er und ich — gehe du nach Hause, damit ich dich im Notfall zu finden weiß!" Er nickte ihm kurz mit der Hand und verschwand in der nächsten Straße.

## 30. Kapitel.

Zwischen den Fauteuils des in einen Salon verwandelten Treppenhauses im Zentralhotel stand Enndorf, mit unentschlossenem Ausdruck die bunten Fensterscheiben, einen offenen Brief in seiner Hand und eine ihm gegenüber befindliche Zimmertür betrachtend. Am Ende warf er sich in einen der Fauteuils und las den Brief noch einmal.

Da wurde die Tür geöffnet. Lena Helden trat im Promenadenkostüm heraus, und ihr erster Blick fiel natürlich auf Enndorf

„Sie warten schon!" rief sie. „Ich habe es gleich gesagt, aber meine arme Kleine hat heute Kopfschmerzen, und wir konnten zu keinem Entschluß kommen, bis es zu spät war, Ihnen sagen zu lassen, daß wir die Museumwanderung aufgeben wollten. Nun läßt sie mich zu guter Letzt doch noch im Stich, und —"

In Enndorfs nachdenklich ärgerlichem Gesicht hatten sich plötzlich alle Falten geglättet. Er war aufgesprungen und stand jetzt vor Lena.

„Merkwürdig, Fräulein von Helden, Sie sind wirklich wie der Sonnenschein, vor dem alle Nebel zerflattern," sagte er, lächelnd in ihr frisches Gesicht blickend. „Und daß Sie sich entschlossen haben mit mir allein die Museumwanderung zu machen, ist so lieb von Ihnen, daß mir der Aerger über diesen Brief hier ganz gegenstandslos erscheint —"

„O, Sie hatten Aerger?" — „Ja, denken Sie, ich erzählte Ihnen ja von dem Prozeß in Oppeln, der mich so sehr interessiert. Nun, da schreibt man mir soeben, daß dieser Woiditschka gestorben ist, ohne etwas andres gestanden zu haben, als daß er, durch meinen Kutscher in meine Wohnung eingeführt, damals meinen Revolver mitgenommen habe, weil er so gut in die Tasche zu stecken ging, und er ihn an der Grenze möglicherweise brauchen könnte. Und ich hatte darauf gerechnet, daß der Kerl die ganze dunkle Geschichte enthüllen würde! Natürlich ist damit der Prozeß zu Ende. — Die Toten urteilt man nicht mehr ab, und das Dunkel, das über dem Sarwitzschen Morde schwebt, bleibt für ewige Zeiten unaufgeklärt!"

Lena schüttelte den Kopf. „Ich finde doch keinen Grund darin, daß Sie sich ärgern, Graf Enndorf." — „Aerger war wohl nicht die richtige Bezeichnung für meine Empfindung, aber daß die Sache mich erregt, daß ich wünschte, sie verhielte sich anders — das können Sie mir nicht verdenken!"

„Doch, ich verdenke es Ihnen, denn es ist menschlich, einem alten, kranken Verbrecher zu gönnen, daß der Tod ihn der Strafe entrückt, und für Sie ist es nach meiner Meinung ganz gleichgültig, ob der Mörder entdeckt und bestraft wird oder nicht. Wer Sie kennt, weiß, daß Sie eines Verbrechens unfähig sind — also, was kümmert es Sie, daß man den tatsächlichen Beweis von der Schuld eines andern erbringt? Ich habe es nie begriffen, warum Sie sich diese ganze Sache so sehr zu Herzen genommen haben, und nun ich Sie kennen lernte, begreife ich es erst recht nicht! Sie, der Sie so selbständig, so klar, so vorurteilsfrei sind — wie konnten und wie können Sie sich ein sinnloses Gerede nahe gehen lassen?"

„Ach, Fräulein von Helden wenn Sie wüßten, wie wenig all die guten Eigenschaften, die Sie mir da beilegen, mit mir zu tun hatten — damals. Aber — vielleicht habe ich sie mir bei meinen Abenteuern unter den Tigern ein wenig angeeignet — wenn Sie es glauben, muß es wohl wahr sein, und da haben Sie Recht; ein selbständiger Mensch, dessen Leben klar hinter ihm und klar vor ihm liegt, der darf sich von der etwaigen Meinung fremder Leute nicht beeinflussen lassen. Also ich stecke meinen Brief in die Tasche und meine schlechte Stimmung auch. Und nun gehen wir ins Museum."

Da wurde weiter im Korridor eine Tür geöffnet, und der Baron trat heraus und näherte sich mit schnellen Schritten. „Was sehe ich, Fräulein von Helden im Begriff auszugehen?" — „Ja freilich, um die Museumwanderung zu unternehmen, die Sie so „langweilig" fanden." — „Ah so! Und meine Tochter!"

„Sie hat Kopfschmerzen und hat sich im letzten Augenblick entschlossen, zu Hause zu bleiben." — „Nun ja, sehen Sie, und ich habe mich gerade entschlossen, mit von der Partie zu sein — es sind da einige Sachen, die mich doch interessieren, und Sie sind eine so gute Erklärerin der Dinge, die man auch nicht versteht, Fräulein von Helden, daß es ein Vergnügen ist, mit Ihnen ein Museum zu durchwandern. Nicht wahr, Herr Graf?"

„Gewiß!" Und Enndorf folgte den voranschreitenden Beiden mit einem Gesicht, auf dem plötzlich wieder alle Heiterkeit verschwunden und die Enttäuschung vergeblich bemüht war, sich hinter die Höflichkeit zu verstecken. Was war denn aber auch heute mit diesem alten Baron vorgegangen? Er benahm sich ja wie ein Fähnrich — er machte Lena nach allen Regeln der Kunst die Cour. Er war Enndorf schon immer übermäßig galant gegen die junge Freundin seiner Tochter erschienen — aber heute, wo diese letztere nicht anwesend war, ließ er sich denn doch gar zu sehr die Jügel schießen. Enndorf hatte Zeit genug, solche Betrachtungen anzustellen, denn der Baron nahm Lena so in Anspruch, daß diese nur ab und zu ein Wort oder einen freundlichen Blick für Enndorf fand. Endlich, nach mehrstündiger Wanderung kehrten sie in das Hotel zurück.

„Der Leutnant von Hartringen wartet auf den Herrn Grafen im Lesezimmer," meldete der Portier, an Enndorf herantretend. Dieser empfahl sich kurz und schritt dem Lesezimmer zu. Im selben Augenblick erschien Bernhard unter der Tür desselben.

„Endlich," rief dieser ihm entgegen. „Ich komme, um dir zu sagen, daß ich im Begriff bin, nach Neuburg abzureisen —"

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191902066/fragment/page=0002

von der bevorstehenden Heimbeförderung in Kenntnis gesetzt worden wären. Da außerdem der Abtransport über Pinsk gut und ordnungsgemäß vonstatten geht, so müsse die deutsche Reichsregierung es ablehnen, sich zu solchen Maßnahmen zwingen zu lassen. Deutschland sei jetzt bereit, den Rücktransport der Russen auf dem deutscherseits schon vor Monaten vorgeschlagenen Seewege auszuführen.

**Foch gegen den 8stündigen Arbeitstag.**

Die Deutsche Waffenstillstandskommission hatte, wie bereits bekannt, die Alliierten ersucht, an Stelle des von ihnen für die Eisenbahnbetriebe im besetzten Gebiet eingeführten Zehnstundentages wieder die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, welche bereits vor der Besetzung in Kraft war.

Marschall Foch ließ mitteilen, er könne dem deutschen Ersuchen nicht Folge geben. Dagegen würden den Eisenbahnangestellten im besetzten Gebiet gegen Barzahlung von den alliierten Armeen die für eine ausreichende Ernährung notwendigen Lebensmittel geliefert werden.

**Bei den Bolschewisten.**

Von radikaler Seite wurde mitgeteilt, daß die Dinge letzthin berichtet worden war. Tatsächlich sind Verhältnisse in Rußland besser seien, als in den Zeitungen die Zustände aber recht traurig, in vielen Städten kommt es immer wieder zu Kämpfen, und das ganze Land verwahrlost. Petersburg ist in seiner Kraft erschöpft, Not und Gleichgültigkeit lagern über der einst mehr wie lebenslustigen Stadt. Von wirklich regelrechtem Geschäftsverkehr ist kaum noch die Rede. In Moskau findet man oft genug Menschenleichen und getötetes Vieh auf den Straßen. Mord und Raub sind so alltäglich geworden, daß die Zeitungen diese Fälle mit kurzen Notizen abtun. Zwischen der bolschewistischen Regierung und der Kirche ist eine tiefe Kluft entstanden, viele Kirchen sind geschlossen, da die Geistlichen von der Kanzel gegen das zügellose Treiben sprechen. Diese Zustände machen es erklärlich, daß die „roten Garden" nach Westen hin vordrängen, Rußland ist ausgesogen. Von der Witwe des im Juli 1918 in Jekaterinburg erschossenen Zaren Nikolaus, der geborenen hessischen Prinzessin, hat man nichts mehr gehört. Es wird also wohl wahr sein, daß die unglückliche Frau mit ihrem Sohn Alexis und ihren vier Töchtern von verwilderten Banden ermordet worden ist.

**Eine deutsch-französische Wirtschaftsstelle**

soll in Ludwigshafen am Rhein errichtet werden. Ihre Hauptaufgabe soll die Bearbeitung der Wirtschaftsstatistik, die Frage der Rohstoffbeschaffung und der Einfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten nach Frankreich, den verbündeten Ländern, den neutralen Staaten und nach dem Innern Deutschlands sein. Der deutsch-französische Geschäftsverkehr war vor dem Kriege trotz aller Revanche-Politik in Paris angenehm. Hoffentlich gestaltet er sich wieder so, bleiben die französischen Kaufleute so einsichtsvoll, wie sie waren.

**Gegen Einziehungs-Gerüchte.**

Gegenüber der Behauptung, daß die Einziehung der Wehrfähigen bis zum 35. Lebensjahre angeordnet werden würde, wenn die Freiwilligenwerbung für den Ostschutz ein genügendes Truppenaufgebot nicht zustande bringen sollte, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß ein solcher Plan weder bei der Regierung, noch bei den militärischen Stellen besteht.

**Ungarn atmet auf.**

Die ganze ungarische Presse begrüßt als hochwichtige Tatsache das gestrige Funkentelegramm der Pariser Friedenskonferenz gegen den willkürlichen Länderraub. In den Pressestimmen kommt das Dankgefühl für die Entente und die Hochachtung für die Person Wilsons zum Ausdruck.

**Der Kaiser unschuldig.**

Ueber Genf kommt folgende Nachricht:

Der Wilson befreundete Oberst House hat in der Entente-Konferenz auf Grund einiger der Entente unbekannte Dokumente eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet. In dieser werden die gegen den deutschen Kaiser gerichteten Hauptanschuldigungen entkräftet.

**Bolschewistische Mordtaten.**

Wie nach der Säuberung Estlands von den bolschewistischen Truppen nunmehr einwandfrei festgestellt ist, haben die roten Verbände in den von ihnen besetzt gewesenen Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft bestialisch gewütet. In Dorpat sind über 300 Angehörige der bürgerlichen Kreise von ihnen ermordet worden, im Kreise Wesenberg nahezu 300.

Inzwischen ist erfreulicherweise auch der Vormarsch in Kurland in Richtung Libau zum Stillstand gebracht worden. In einem Offensivstoß haben am 25. und 26. Januar die reichsdeutscheff freiwilligen Truppen die über die Windau vorgegangenen, an Zahl weit überlegenen bolschewistischen Abteilungen über den Fluß zurückgetrieben. Die Bolschewisten erlitten sehr erhebliche Verluste und ließen beträchtliches Material in den Händen der Deutschen. Die deutschen Verluste sind gering.

**Das Schicksal der deutschen Orientruppen.**

Infolge der Teilnahme der Mitglieder der deutschen Kommission in Spaa an den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung in Herbesthal fiel gestern die Vollsitzung in Spaa aus.

Von deutscher Seite wurde an die Vertreter des Verbandes eine Note gerichtet, nun unverzüglich den in Aussicht gestellten Abtransport der in Haidar Pascha zusammengezogenen deutschen Orientruppen durch das Mittelmeer zu beginnen. Zugleich wurde deutscherseits festgestellt, daß bisher die mündlich angekündigte Antwort über das endgültige Schicksal der deutschen Truppen im schwarzen Meer vom Verband nicht eingetroffen sei. Unbekannt ist auch, ob eine Postverbindung mit diesen Truppen möglich ist.

**Die neutralen Staaten melden sich.**

Bei der Besprechung über die Probleme des Völkerbundes hat sich durch die neuerdings vorgebrachten Wünsche der Neutralen eine neue Situation ergeben.

Der schweizerische Bundespräsident Ador hat in einer Unterredung mit dem Obersten House Nachdruck darauf gelegt, daß die Neutralen in der einen oder anderen Weise an den Besprechungen teilnehmen wollen, und wies darauf hin, daß sie im Gegensatz zu den kleinen kriegführenden Staaten hierzu noch keine Gelegenheit bekommen haben.

Skandinavien hat inoffiziell dieselben Bedenken geäußert. Die Neutralen sind der Ansicht, daß sie nicht allein gefragt werden müssen, ob sie sich einem derartigen Bund anschließen wollen, sondern daß sie auch an ihm beteiligt sein müssen.

Präsident Wilson steht dieser Ansicht sympathisch gegenüber. Er wird darauf dringen, daß Vertreter der Neutralen erlaubt wird, inoffiziell an den Besprechungen teilzunehmen. Es liegt in der Absicht des Präsidenten und des Obersten House, Vertreter der Neutralen einzuladen, um mit ihnen einen Gedankenaustausch über den Völkerbund zu eröffnen.

## Aus aller Welt.

* **Der Wildreichtum als Plage.** Aus dem südöstlich der Weser gelegenen Hochwald wird berichtet: Das Wild nimmt heuer derart überhand, wie man es noch nie erlebt hat. Man stolpert sozusagen auf dem Felde über die Hasen. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren zu wenig Wild abgeschossen wurde. Die Hasen kommen sorglos in die Nähe der menschlichen Wohnungen, und selbst das sonst so scheue Reh wagt sich nicht selten in die Nähe der Dörfer.

* **Und Eisner tanzt.** Der „Bayr. Kurier" schreibt: „Unser vielseitiger Ministerpräsident, Kurt Eisner, dessen Zeit mit Regieren, Telegrafieren, Reden, Dichten von Freiheitshymnen usw. nicht vollständig ausgefüllt ist, schwingt auch noch mit anerkennenswerter Rüstigkeit das Tanzbein. So eröffnete er anläßlich einer Tanzunterhaltung seiner Schutzwache und der Landtagswache im Landtagsgebäude höchsteigenhändig die Polonäse. Und auch im Ministerium des Aeußeren, wo die Schutzwache ein weiteres Tanzkränzchen abhielt, tanzte Eisner nebst Gemahlin fleißig mit. Wir haben halt einen tüchtigen Ministerpräsidenten, der sich auch durch die rauhesten und trübsten Zeitläufte seine Tanzlaune nicht trüben läßt. Warum soll er auch nicht tanzen? Hat ja sein Urahn David auch schon vor der Bundeslade getanzt!"

* **Das rote Cadinen.** Die Mehrheit der Wähler des kaiserlichen Privatgutes Cadinen hat — trotz a. demokratisch gewählt. Von 150 Stimmen wurden 52 für die Unabhängigen und 59 für die Mehrheitssozialisten abgegeben.

* **Nach dem Tode freigesprochen** wurde in Tilsit der wegen versuchten Kriegsverrats am 2. Oktober 1914 zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren verurteilte Johann Lingenau, der inzwischen in einer Strafanstalt zu Görlitz gestorben ist. Auf den Antrag seiner Witwe hat das Reichsmilitärgericht das Urteil vom 22. Oktober 1914 aufgehoben und den Verurteilten freigesprochen.

* **Von Banditen mit Waffengewalt geplündert** wurde während der Nacht in Striegau (Schles.) der Stadtbahnhof. Als sie den eingemauerten Geldschrank öffneten und bereits die erste Tür gesprengt hatten, wurden sie von mehreren Nachtwachbeamten und einer Militärpatrouille, die ein Schießer herbeigerufen hatte, gestört. Die Einbrecher entkamen durch das Fenster. Es entspann zwischen ihnen und ihren Verfolgern ein Feuergefecht, doch gelang es den Einbrechern, die Militäruniform trugen, zu entkommen. Eine Geldkassette, die sie mitgenommen hatten, wurde auf dem Weg nach den Kasernen beraubt aufgefunden.

* **Vom Bürgermeister zum Landrat.** Die Wahl des Bürgermeisters Dr. Lukaschek zum Landrat des Kreises Rybnik, die durch einstimmigen Beschluß des Kreistages erfolgte, hat die Bestätigung der Regierung gefunden.

** **Sprung eines Knaben in einen Kanal.** Der 12jährige Knabe Paul Joch aus Seeberge, versuchte den Ofen durch Kienholz in Brand zu setzen, da ihm dies nicht gelang, benutzte er Petroleum. Unvorsichtig ließ er die Petroleumflasche in der Nähe des Ofens stehen, die Flasche explodierte und die Kleidung des Knaben fing sofort Feuer. In seiner Angst stürzte der Knabe ins Freie in den Kanal und ertrank.

* **Die Herabsetzung des Zinsfußes** für Sparkasseneinlagen macht sich in Reichenberg in Böhmen und in der Umgegend als Folge der großen Geldflüssigkeit fühlbar. Drei dortige, ebenso die Sparkassen in Grottau, Kratzau, Deutsch-Gabel und Liebenau werden vom 1. März dieses Jahres ab die Einlagen statt jetzt 4 dann nur noch mit 3½ vom Hundert verzinsen. Neue Einlagen werden mit 3 vom Hundert verzinst. Es handelt sich um eine Maßnahme, zu der auch andere Sparkassen in Deutsch-Böhmen übergehen dürfen.

* **Die Maus im Geldtopf.** In der Not frißt der Teufel Fliegen, warum nicht eine Maus Papiergeld! Ein Bauer aus der Umgegend von Pritz hatte seine reiche Obsternte „hinten herum" verkauft und eine stattliche Summe in größeren Geldscheinen in einem Topf aufbewahrt. Da muß es der Zufall fügen, daß ein vorwitziges Mäuschen in den Topf fiel und nun darin gefangen blieb. Da es in dem Gefängnis nichts zu beißen gab als das Papiergeld, so mußte dieses herhalten. Mit schönen Hundertmarkscheinen fristete das Mäuslein noch einige Zeit sein Leben. Als dann einmal der Geldtopf untersucht wurde, gab es eine recht unangenehme Ueberraschung: eine Mäuseleiche und traurige Ueberreste von acht Hundertmarkscheinen.

* **Statt der Rettungsmedaille ein Diplom.** Der anhaltische Staatsrat faßte folgenden Beschluß: Da es demokratischen Grundsätzen nicht entspricht, Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, so ist auch eine Auszeichnung mit den bisherigen Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr, für 25jährige Zugehörigkeit zur Feuerwehr usw. nicht mehr angängig. Um jedoch die Möglichkeit zu schaffen, daß Personen, die sich auf die eine oder andere Art Verdienste um die Allgemeinheit erworben haben, eine staatliche Anerkennung zuteil wird, soll der Landesversammlung eine Vorlage überreicht werden, wonach um die Ermächtigung zur Verleihung künstlerisch ausgeführter Diplome unter gleichzeitiger öffentlicher Bekanntmachung der betreffenden Persönlichkeit nachgesucht wird.

* **Der große Fischreichtum in der Nordsee.** Von sachverständiger Seite wird geschrieben: Durch die Tagespresse ging eine Meldung von großem Fischreichtum der Nordsee und großen Dorsch- und Heringsschwärmen im Kattegat. Es sei darauf hingewiesen, daß uns der Fischreichtum im Kattegat und Skagerrak zurzeit gar nichts nützt, denn unsere Fischer dürfen dort nicht fischen; von den Fängen, die schwedische Fischer dort machen, bekommen wir nichts, da Schweden ein strenges Ausfuhrverbot hat, und von dem Ertrage der dänischen Fischerei bekommen wir nur ganz geringe Mengen, da Dänemark sich Amerika gegenüber verpflichtet hat, nur ein beschränktes Quantum an Deutschland auszuführen. Die Entente hat uns nur die Fischerei bis zu einer Linie Vlaavands Huk—Weser—Ems freigegeben. Zurzeit fahren von Geestemünde 27 Fischdampfer gegen 130 im letzten Friedensjahre.

* **Eine 100jährige Wählerin.** An der Wahl nahm in Gera auch eine hundertjährige Frau Johanna Fösch teil. Es ist rühmend anzuerkennen, daß so hochbetagte Personen noch an der zukünftigen Gestaltung unseres Vaterlandes Anteil nehmen.

* **Raubmord in der Mühle.** In Rooden bei Güntersdorf drangen junge Burschen in das Grundstück des Müllers Bernhard, der sofort erschossen wurde. Seine Frau wurde gefesselt und ihr unter Vorhaltung eines Revolvers Lebensmittel und Geld abgenommen. Die Mörder und Räuber sind unerkannt entkommen.

* **Kraftwagenunfall.** Der in Schleiz bei der Firma Karl Bauch in Stellung befindliche Kraftwagenführer Otto Hofmann war beauftragt, mittels Autos vom Bahnhof Krölpa (S.-W.) einen Beamten abzuholen. Der Kraftwagen wurde später in der Nähe des Ortes Tegau, umgestürzt im Straßengraben liegend, aufgefunden. Der Führer lag tot darunter. Da das Unglück sich auf ebener gerader Straße ereignet hat, nimmt man an, daß Hofmann von einem Schlaganfall betroffen worden ist.

## Vermischtes.

— **Der Ertrag der letzten Reichssteuern,** die im Juli 1918 vom Reichstage beschlossen wurden und 4000 Millionen im Jahre einbringen sollten, wird der Reichsfinanzverwaltung wohl eine ziemliche Enttäuschung bereiten. Die Steuern waren zum großen Teil dem Gewerbebetrieb auferlegt, und da dort der Umsatz infolge der unruhigen Zeiten sich vielfach verringert hat, so kann auch der Steuerertrag nicht so hoch sein, wie erwartet worden ist. Selbst bei der Luxussteuer nicht. Auch die Ueberschüsse der Post werden sich kaum so steigern, wie erwartet worden ist. Das erhöhte Porto hat die Schreiblust eingeschränkt, die sich bei den portofreien Feldpostsachen so stark entwickelt hatte. Durch die ungünstige Geschäftslage ist der Drucksachen-Versand in Handel und Gewerbe sehr ermäßigt worden. Auf der anderen Seite sind bei der Post allerdings die großen Ausgaben der Post für den Feldpostdienst fortgefallen.

**Ein „angenehmer" Fahrgast.**

— Ein baltischer Flüchtling schreibt:

Ich sitze auf der Fahrt nach Berlin im Abteil 1. Klasse. Mir gegenüber ein verdächtig aussehender Mann, der einen Sack vor sich stehen hat. Ich frage mich, was der Sack wohl enthalten möge, und komme zu dem Schluß: Lebensmittel irgendwelcher Art, wahrscheinlich Kartoffeln. — Plötz ich hält der Zug, und der verdächtig aussehende Mann sagt mir: „Ich bitte Sie, mir den Gefallen zu tun, diesen Sack einen Augenblick zu bewachen." Ich werde durch die seltsame Erregung des Fremden mißtrauisch und frage aus Bequemlichkeit, indem ich ablehnen will: „Was enthält denn der Sack?" „Vier Millionen Rubel!" „Um Gottes willen! Nie und nimmer: Dazu hätte ich viel zuviel Angst!" „Angst?" erwiderte der Fremde und greift, während die Linke den Sack festumklammert hält, mit der Rechten in das Netz nach oben: „Da haben Sie eine Handgranate! Damit brauchen Sie nur zu drohen, da kommt Ihnen keiner zu nahe!" Damit wirft er mir eine Handgranate überreichen, aber ich danke bestens, nehme mein Gepäck und stürme zur Tür hinaus, den Bolschewiki, der so etwas nicht mehr begreifen kann, verdutzt zurücklassend.

**Nicht so viele Hausaufgaben!**

— Aus Schweinfurt wird berichtet: In einer Schule mannaufwärts teilten die Werktagsschüler dem Lehrer schriftlich mit, daß sie einen „Schülerrat" gebildet hätten und zunächst folgende Forderungen stellten: 1. Keine Hiebe mehr auf den Kopf, 2. Schule um 11 Uhr und um 3 Uhr aus, 3. nicht so „viele" Hausaufgaben.

**Die Entladung der Eisenbahnwagen**

ist bei den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen in Deutschland geradezu ein Lebensproblem für Deutschland geworden. Denn wenn die Eisenbahngüterwagen von den 24 Stunden des Tages volle 21 Stunden herumstehen, auf Ent- und Beladung wartend, während sie durchschnittlich nur 3 Stunden in Fahrt sind, dann ist das ein Beweis dafür, daß sich hier noch sehr, sehr viel ersparen und damit Erleichterung für das Wirtschaftsleben schaffen läßt, wenn es nur richtig angefangen wird.

Leider läßt sich dieses Problem nicht so Hals über Kopf lösen. Die Versuche mit Schnellentladewagen haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Ein neuerdings als Ersatz für die Talbotsche Konstruktion nach Art der Lowry-Wagen angebriefenes System mit aufklappbaren Bodenseiten und darunterliegender abgeschrägter in eine Klappe auslaufender Bodenvertiefung wird von berufenen Fachleuten nicht als das Richtige angesehen. Man ist in ihren Kreisen der Ansicht, daß die schnelle Entladung der Eisenbahnwagen mit den Massengütern (Kohle usw.) am besten durch große Kippvorrichtungen zu bewirken sei, die die ganzen Wagen heben und ausschütten.

Freilich läßt sich dieses System nur da anwenden, wo geeignete Einrichtungen dieser Art vorhanden sind. Das wird aber nicht überall der Fall sein können, weil die Anlagekosten dafür zu teuer sind und diese Einrichtungen doch auch bei schnellster Wirkung schließlich nicht sehr viel schneller arbeiten würden als eine größere Zahl von Arbeitern, während die Selbstentladewagen immerhin eine größere Geschwindigkeit erzielen würden, weil sie an jeder beliebigen Stelle entladen werden könnten. Das Problem ist jedenfalls noch lange nicht geklärt. P. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191902066/fragment/page=0003

# Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! **Proteste allein nützen nichts,** sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostsee-Provinzen zu keinem ungestörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das **Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten.** Ihr sollt das Niedertrampeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihres neuen Ideals freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. **Freiwillige vor!**

## Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

**Generalkommando**
**IV. Armeekorps.**
Abt. I a Nr. 800.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

## Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Obost — **außerhalb** der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — **innerhalb** der Reichsgrenzen — können sich bei

**jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando**

melden, die nähere Auskunft erteilen.

**Unmittelbare** schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Obost, Generalkommando oder einer andern Dienststelle sind zwecklos und werden **nicht berücksichtigt.**

II. Jeder Freiwillige hat seinen **Entlassungsanzug** mitzubringen. Soweit er noch feldbrauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschätzungswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist aufzunehmen.

III. **Bedingungen:**

1. In Betracht kommen nur felddienstfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten, die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens ½ Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
   a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande.
   b) Kavallerie: Verwendung im Kav.-Schützenregiment oder als Div.-Kav.
   c) Pioniere: Verwendung im Kompagnieverbande.
   d) Nachrichten-, Eisenbahn- und Fliegertruppen und Kraftfahrer: Verwendung bei Feldformationen im Operations- und Etappengebiet.
   e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappen-Formationen.

   Auch Matrosen, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden.
   Jahrgang 99 und jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. Mts. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
3. Unterordnung unter die eingesetzten Vorgesetzten, **denen Soldaten- (Vertrauens-) Räte zur Seite stehen.** Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgesetze. (Aenderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nachstehendrr Gebührnisse für Obost und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:
   A. Offiziere und Beamte:
   a) mobile Gebührnisse,
   b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 angewiesen wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdrittel nachträglich.

   B. Unteroffiziere und Mannschaften:
   a) mobile Löhnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich.
   b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mark täglich. Im Gebiet des Obost außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.
5. Verpflegung:
   a) Im Gebiet des Obost: Mobile Verpflegung.
   b) Im Grenzschutz Ost: Stäbe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstbeköstigung ist unzulässig. Läßt sie sich in Einzelfällen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zuständig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
   Sowohl im Gebiet des Obost als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Versorgung:
   a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne des Militärversorgungs-Gesetze.
   b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet.
   c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

**Von seiten des Generalkommandos.** Der Chef des Generalstabes. v. dem Hagen, Oberstleutnant.

**Der Exekutivausschuß IV. Armeekorps.** Bock.

---


## Nutzholz=Verkauf

**Donnerstag, den 20. Februar 1919,** nachmittags 4 Uhr sollen im Ratskeller zu **Schmiedeberg** aus der hiesigen **Stadtforst** Distrikt 4 (Schlag an der Bahn unweit Moschwig)

**etwa 1300 Kiefern=Stämme mit 125 fm I. u. II. und 600 fm III. u. IV. Kl.**

öffentlich versteigert werden. — Bedingungen im Termin. Ausmaßlisten **bis 9. Februar** beim Förster hier bestellen.

Schmiedeberg, den 31. Januar 1919

**Der Magistrat**
Schinlauer

## Brennholz=Auktion.

**Montag, den 10. Februar d. Js., von vorm. 11 Uhr an,**
sollen im Gasthause zu Pannitz aus dem Forstrevier Thielenheide aus Schlägen in Rochwitz und am Rasensteig

**200 rm buchen und birken Knüppel, I., II. und III. Klasse**

öffentlich meistbietend verkauft werden.

Schköna, den 29. Januar 1919.

**Die Forstverwaltung.**
E. Poßlenz.

## Mauersteine

liefert ohne Freigabeschein in Mengen bis zu 5000 Stück pro Bau und Monat zum Höchstpreise

**Dampfziegelei Reuden.**

**Am Freitag, den 7. Februar, abends 8 Uhr**
findet im "Hotel zur Post" in Kemberg ein

## Evangelisationsvortrag

des Herrn E. Dönitz-Wittenberg statt über das Thema:

**„Paradies, Hodes und Auferstehung“**

Jedermann ist herzlich eingeladen.

## Eine tragende Ziege

zu verkaufen
**Niemitzerstraße 15.**

## Jeden Posten Wiesenheu

zu kaufen gesucht
**Paul Zimmermann, Radis**

## 2500 Mark

für sofort oder zum 1. April auf Hypothek auszuleihen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Gut erzogenes
## Mädchen

14 bis 15 Jahre alt, nach Wittenberg in christlichem Haushalte bei Familienanschluß zum 1. April gesucht. Auskunft erteilt
Frau Mischke, Wittenbergerstr.

**Landwirtschaftlicher Verein für Kemberg und Umgegend.**
Sonntag, den 9. Febr., nachm. 3 Uhr
**Versammlung**
in der Thiemeschen Brauerei.
**Der Vorstand**

## Ateritz.

Sonnabend, den 8. Febr.,
**grosser Ball**
für die heimgekehrten Krieger.
Es ladet freundlichst ein der Militär-Verein Ateritz-Gommlo.
Empfehle hierzu ff. Sp. und Getränk.
**Gersbeck.**

## Nutz- und Brennholz-Auktion.

**Forstrevierverwaltung Reinharz.**

**Montag, den 10. Febr. 1919, nachm. von 1 Uhr ab,**
sollen im Jänicke'schen Gasthaus zu Reinharz nachverzeichnete Nutz- und Brennhölzer öffentlich meistbietend verkauft werden und zwar aus Durchforstungs- und Totalitätshieben der Jagen 15 bis 22, 24, 26 bis 35.

10 Eichen = 16,35 fm, 25 Eichen=Steile, 2 Rotbuchen = 0,61 fm, 18 Akazien = 8,85 fm, 65 Akaz.=Steile, 9 Birken = 2,87 fm, 58 Kiefern II. Kl. = 74,82 fm, 178 Kiefern III. Kl. = 134,60 fm., 88 Kiefern IV. Kl. = 38,76 fm, 40 Stück Fichten=Stangen II. Kl., ca. 9 rm Eichen=Kloben, 8 rm Eich.=Knüppel, 4 Hf. Eich.=Reisig III. Kl., 10 rm Rotbuchen=Knüppel, 2 Hf. Rotb.=Reisig III. Kl., 14 Hf. Akaz.=Reisig III. Kl., 28 rm Erlen=Rollholz 2 m lang, 6 Hf. Erlen=Reisig III Kl., 112 rm Birken=Knüppel, 25 rm Kief.=Knüppel und 110 Kief.=Stangenhaufen II Kl.

Nutzholz beginnt. Brennholz etwa von 3 Uhr ab. Aufmaßlisten gegen Erstattung der Schreibgebühren bei sofort. Bestellung durch den Unterzeichneten.
Reinharz, den 28. Januar 1919.
**Der Revierförster, Haferkorn.**


Gestern früh 4¼ Uhr entschlief sanft nach 6 Jahre langer Krankheit, davon 4 Jahre infolge von Lähmung gänzlich im Bett zugebracht, meine liebe Frau

**Wilhelmine Müller**
**geb. Kautzsch**

im Alter von 64 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt an

Kemberg, den 5. Februar 1919

**Gustav Müller**

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Töpferstrasse 5, aus statt


Druck und Verlag von [illegible]; Kemberg. — Fernsprecher Nr. 3.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-191902066/fragment/page=0004